

## Sturzprävention im Hochbau: Übersicht über die rechtlich relevanten Vorgaben für die sturzrelevanten Bauteile

### Kanton SZ

#### 1. Für alle Hochbauten Relevantes

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
<b>Allgemeine Sicherheitsvorschrift gemäss Baupolizeirecht (für alle Bauteile)</b>	<p>§ 54 Abs. 1 Kantonales Planungs- und Baugesetz (PBG): Bauten und Anlagen sind so zu erstellen und zu unterhalten, dass sie weder Personen noch Sachen gefährden.</p> <p>§ 54 Abs. 2 PBG: Bauten und Anlagen müssen den Regeln der Baukunde und den Anforderungen des Gesundheitsschutzes entsprechen.</p> <p>Damit wird generell das Schutzziel «sichere Baute» postuliert.</p>	Technische Normen können wegen der benutzten Gesetzgebungstechnik (Generalklauselmethode) beachtet werden (Ermessensspielraum).	Für Norm-Lücken bzw. beim Fehlen von Normen können Empfehlungen von Fachorganisationen relevant werden.
<b>Beleuchtung, Bodenbeläge und Sanitärräume insbesondere gemäss Gesundheitsschutzpolizeirecht</b>	§ 54 Abs. 2 PBG: Bauten und Anlagen müssen den Regeln der Baukunde und den Anforderungen des Gesundheitsschutzes entsprechen.	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.

#### 2. Zusätzlich Relevantes für Hochbauten, die hindernisfrei sein müssen

<b>Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>§ 57 Abs. 1 PBG: Bauten und Anlagen haben für Menschen mit Behinderungen die Anforderungen des Bundesrechts zu erfüllen.</li> <li>§ 57 Abs. 2 PBG: Bei der Errichtung und bei wesentlichen Erweiterungen von öffentlich zugänglichen Bauten sind die dem Publikum zugänglichen Bereiche so zu gestalten, dass sie für Menschen mit Behinderungen zugänglich und benutzbar sind.</li> <li>§ 57 Abs. 3 PBG: Mehrfamilienhäuser mit sechs und mehr Wohneinheiten und Gebäude mit mehr als 50 Arbeitsplätzen sind so zu gestalten, dass sie den speziellen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen angepasst werden können. Entstehen dadurch unverhältnismässige Mehrkosten oder überwiegen andere Interessen, so kann auf Vorkehren für Menschen mit Behinderungen ganz oder teilweise verzichtet werden.</li> <li>§ 36 Abs. 1 Vollzugsverordnung zum PBG: Beim behindertengerechten Bauen sind insbesondere die Bedürfnisse der Körper-, Hör- und Sehbehinderten zu berücksichtigen.</li> <li>§ 36 Abs. 2 Vollzugsverordnung zum PBG: Für die baulichen Anforderungen gelten die Normen über behindertengerechtes Bauen als Richtlinien.</li> </ul>	<p>Die Normen über behindertengerechtes Bauen gelten als Richtlinien (damit zZT SIA 500:2009)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beleuchtung: SIA 500 (Kapitel 4 Orientierung und Beleuchtung)</li> <li>• Bodenbeläge: SIA 500 (Anhang B.1 Eignung von Bodenbelägen, Begehbarkeit und Gleitsicherheit)</li> <li>• Treppen: SIA 500 (Kapitel 3.6.3. Erkennbarkeit und Markierung, Kapitel 3.6.4. Handläufe)</li> <li>• Geländer / Brüstungen: SIA 500 (Kapitel 3.4.5. Abschränkungen)</li> <li>• Sanitärräume: SIA 500 (Kapitel 10.2. Toiletten, Bäder, Duschen)</li> </ul>	Empfehlungen von Fachorganisationen können für Norm-Lücken relevant werden.
---	---	--	---

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
<b>Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)</b>	<p>§ 36 Abs. 3 Vollzugsverordnung zum PBG: Das Volkswirtschaftsdepartement bezeichnet die Normen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG)</u></li> <li>• <u>Verordnung des Bundes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsverordnung, BehiV)</u></li> </ul>		

### 3. Zusätzlich Relevantes für bestimmte Nutzungsarten von Hochbauten

<b>Mit Mitteln der Wohnraumförderung erstellte altersgerechte Bauten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Insbesondere Art. 5 <u>Eidgenössisches Wohnraumförderungsgesetz (WFG)</u>: Bei der Förderung ist darauf zu achten, dass c. der Wohnraum und die unmittelbare Umgebung den Bedürfnissen von Familien, Kindern und Jugendlichen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen.</li> <li>• <u>Merkblatt BWO Gestaltung von altersgerechten Wohnbauten vom Juli 2013</u></li> </ul>	Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Das BWO-Merkblatt jedoch nimmt generell Bezug auf die Norm SIA 500 (Kap. 9 und 10) sowie für den Bauteil Beleuchtung auf die SN/EN 12464-1.	Empfehlungen von Fachorganisationen (z.B. die im BWO-Merkblatt explizit genannten Fachdokumentationen) können für Norm-Lücken relevant werden.
<b>Alters- und Pflegeinstituten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• § 5 Abs. 1 lit. c <u>Kantonale Verordnung über Betreuungseinrichtungen (BetreuVO)</u>: Für die Erteilung einer Bewilligung für Einrichtungen für Betagte und Pflegebedürftige müssen unter anderem folgende baulichen Voraussetzungen erfüllt sein: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bauten und Anlagen haben die Planungs-, Bau- und Sicherheitsvorschriften einzuhalten;</li> <li>• Einrichtungen, die Kantonsbeiträge beanspruchen, haben den Richtlinien des Departements des Innern zu entsprechen.</li> </ul> </li> <li>• § 5 Abs. 2 <u>BetreuVO</u>: Im Übrigen sorgen die Einrichtungen für eine angemessene Qualitätssicherung und anerkennen die Qualitätsrichtlinien des Departements des Innern.</li> <li>• <u>Qualitätsrichtlinien Kanton SZ (Departement des Innern, Amt für Gesundheit und Soziales) in Alters- und Pflegeheimen</u></li> <li>• <u>Richtraumprogramm Kanton SZ (Departement des Innern, Amt für Gesundheit und Soziales) für Alters- und Pflegeheime, Anhang 1 zur Richtlinie über Baubeiträge an Alters- und Pflegeheime vom 17.1.2012</u></li> </ul>	Norm SIA 500 (wird im Richtraumprogramm für Alters- und Pflegeheime genannt)	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bei Norm-Lücken relevant werden.

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
<b>Kitas, Kindergärten und Schulen</b>	<p>Sichere Gebäude für Volksschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Richtraumprogramm des Kantons SZ für Schulanlagen der Volksschule, Definition von Raum- und Baustandards, 1.8.2013</u></li> </ul> <p>Sichere Gebäude für Kitas:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 15 Abs. 1 lit. d Eidgenössische Pflegekinderverordnung: Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Einrichtungen den anerkannten Anforderungen der Wohnhygiene und des Brandschutzes entsprechen.</li> <li>• <u>Richtlinien der kantonalen Ämter für Kindes- und Erwachsenenschutz für die Bewilligung und Aufsicht von Kindertagesstätten im Kanton Schwyz, datiert vom 1.11.2015</u></li> </ul>	Im Richtraumprogramm wird die Norm 500:2009/ SN 521 500 genannt	<p>Empfehlungen von Fachorganisationen können für Norm-Lücken relevant werden.</p> <p>Gemäss Ziff. 4.7. der kantonalen Kita-Richtlinien sollen bezüglich Sicherheit in den Innen- und Aussenräumen die Empfehlungen der BFU umgesetzt werden.</p>
<b>Hochbauten mit Arbeitsplätzen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Verordnung 3 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 14 Bodenbeläge</li> <li>• Art. 15 Beleuchtung</li> </ul> </li> <li>• <u>Verordnung 4 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 9 Treppen</li> <li>• Art. 12 Geländer und Brüstungen</li> </ul> </li> <li>• <u>Wegleitung SECO zu dieser Verordnung</u></li> </ul>	<p>Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Die SECO-Wegleitung jedoch nimmt generell Bezug auf verschiedene Normen, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die SN/EN 12464-1 für die Beleuchtung</li> <li>• die DIN 51130 und DIN 51097 für die Bodenbeläge</li> </ul>	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bzw. von Unklarheiten der Wegleitung relevant werden.
<b>Hochhäuser</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• § 69 Abs. 1 PBG: Hochhäuser (Bauten mit einer Gebäudehöhe von mehr als 20m) setzen einen besonders geeigneten Standort und eine der Grösse des Bauvorhabens entsprechende architektonische Gestaltung voraus.</li> </ul>	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.

Detailliertere Erläuterungen dazu entnehmen Sie bitte der BFU-Fachdokumentation 2.034 «Rechtliches zur Sturzprävention im Hochbau» (bfu.ch > Bestellen & herunterladen > 2.034).